

# Die Generation Z trägt seltener Neues

**Internet-Handel:** Gebrauchte Kleidung bei Zalando und H&M / Branche bald in den Händen globaler Großunternehmen?

MARTIN KRÜGER

Wenn der Kleiderschrank voll ist oder sich die Trendmode als billiger Schund erweist, wird weggeworfen, verschenkt oder in die Altkleidersammlung gegeben. Zunehmend wird Aussortiertes aber auch über Online-Plattformen wie Vestiaire Collective oder Kleiderkreisel feilgeboten. Laut dem „Resale Report“ des US-Gebrauchtmodeanbieters Thredup stieg 2019 der Umsatz um fast 50 Prozent. Gebrauchte Konfektion wurde im Wert von rund sieben Milliarden Dollar umgesetzt. Über drei Jahre ist der Markt um das 21-fache schneller gewachsen als der Einzelhandel. 2029 soll er mit 44 Milliarden Euro größer sein als das Billigmodesegment „Fast Fashion“.

Coronabedingt hat sich zudem der Trend weg vom stationären und hin zum Onlinehandel – außer im Lebensmittelbereich – verstärkt. Auch die „Big Player“ versuchen daran zu verdienen. Bislang ist Mode aus zweiter Hand eher bei Jüngeren beliebt. Während 40 Prozent der „Generation Z“ (18- bis 23-jährige) und 47 Prozent der „Millennials“ (24- bis 39-jährige) beabsichtigen, mehr Secondhand-Kleidung zu kaufen, nehme das Interesse mit dem Alter ab, konstatierte Saskia Hedrich, McKinsey-Expertin für Nachhaltigkeit und Modeindustrie im Handelsblatt.

Weil der Verkauf bei Ebay viel Eignenität verlangt, bietet der Deutsche Modewersender Zalando nun ein „pre-owned“ genanntes Segment mit „Rundum-Shop“-Service in seinem Online-Store und mobil mit der App „Wardrobe“ an. Dort muß aber nicht nur Kleidung aus dem eigenen Sortiment angeboten werden. Dagegen ist ein Verkauf an Dritte nicht möglich. Käufer können sich auf Wunsch nur Artikel anlassen lassen, „die nachhaltig erzeugt wurden oder unabhängig zertifiziert sind“.

Käufer, die das Zalando-Preisangebot annehmen, können ihre Kleidungsstücke kostenlos zusenden. Den Erlös können sie sich als Gutschein ausstellen lassen, oder an Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz oder die Klima-



**Sendungsvorbereitung von Gebrauchtklamotten:** Die Mode- und Versandkonzerne suchen neue Geschäftsfelder und Kundengruppen

FOTO: ANNA / ISTOCK/ADRIAN

schutzinitiative WeForest.org spenden“, so Zalando-Mitgründer Robert Gentz. Die schwedische H&M-Konkurrenz mischt dagegen über eine 70-prozentige Beteiligung am Onlineshop „Selpy“ mit. Dieser fotografiert und stimmt den Verkaufspreis mit dem Verkäufer ab. Je nach Preis erhält der Verkäufer 40 bis 90 Prozent des Umsatzes und kann sich diesen auch auf sein Bankkonto überweisen lassen. Sogar Schmuck und Spielzeug können angeboten werden. Das Angebot für Secondhand-Mode bei der Otto-Tochter About You steckt hingegen noch in den Kinderschuhen.

Einen speziellen Weg geht die 2008 von Milda Mitrute und Justas Janauskas in Litauen gegründete Firma Vinted, die über Kleiderkreisel.de

und Mamikreisel.de international 30 Millionen Nutzer angezogen hat. Dort hat man nach Kritik mehr Datenschutz installiert. Die Bankdaten des Käufers gehen nicht an den Verkäufer und der Sendungsverlauf kann im Chat verfolgt werden.

## Mehr Nachhaltigkeit auch im Luxus-Segment

Das Geschäftsmodell der Fast-Fashion-Industrie stößt an Grenzen, erklärte Dario Grünfelder vom Umweltverband WWF in der NZZ. Bald könnten nicht mehr Kollektionen in noch kürzeren Abständen und dazu noch günstiger hergestellt werden. Die Modekonzerne suchen daher neue

Geschäftsfelder und Kundengruppen. Laut „Re Sale Report“ stieg der Anteil der Verbraucher, die angaben, lieber umweltfreundliche Marken zu kaufen, zwischen 2013 und 2018 von 57 auf 72 Prozent. Die bislang gewachsenen Milliardenumsätze von Primär sprechen aber eine andere Sprache.

Auch im Luxus-Segment wird die Zweite Hand nicht mehr ausgeschlagen. So ist die Traditionsmarke Burberry eine Zusammenarbeit mit dem 2011 von Julie Wainwright gegründeten Anbieter The Real Real eingegangen. Auch Chanel, Louis Vuitton, Prada oder Gucci sowie Schmuck- und Uhrenmarken wie Cartier, Rolex oder Bvlgari sind auf der US-Handelsplattform im Angebot.

In Zürich bietet das Traditionswaren-

haus „Jelmoli“ mit der Luxusboutique „Reawake“ beispielsweise Vintage-Handtaschen der Edelklasse an. Das Hauptportal Jelmoli-shop.ch beschränkt sich auf preisreduzierte Neuware („%Sale“). Amazon-Kunden sind hingegen schon mit einem Klick auf der Gebrauchtwarensparte „Amazon warehouse“, die allerdings nur wenig benutzte Kleidung im Angebot hat. Marketingexperten prognostizieren, nicht nur bei preisreduzierter Kleidung würde die zunehmende Akzeptanz von Online-Plattformen keineswegs zu geringeren Umsätzen führen. Vielmehr würde schnell in neue Konfektion reinvestiert werden.

ThredUp's 2020 Resale Report:  
► [www.thredup.com/resale](http://www.thredup.com/resale)

# Ein Albtraum wird wahr

**Geldpolitik:** Die EZB diskutiert digitales Zentralbankgeld / Droht das Ende der finanziellen Privatsphäre? / Verdrängung des Bargeldes im Zahlungsverkehr

THORSTEN POLLEIT

Voriges Jahr kündigte Facebook zusammen mit anderen IT- und Finanzkonzernen die Schaffung einer privaten Digitalwährung an (JF 41/19). „Das Libra-Zahlungssystem basiert auf der Blockchain-Technologie. Sie bildet die Grundlage für einen offenen, direkten und kostengünstigen Geldtransfer. Nutzern wird es möglich sein, Geld zu versenden, zu empfangen und auszugeben – und so an einem inklusiveren globalen Finanzsystem teilzuhaben“, wirbt die in Genf beheimatete Libra Association. Durch eine Reserve aus Bankneigen und kurzfristigen Staatsanleihen würde sichergestellt, daß das Libra-Geld jederzeit in lokale Währungen umgetauscht werden könne.

Doch die Initiative stockt. Politik und die Zentralbanken in der EU und den USA melden Bedenken an. Firmen wie PayPal, Ebay, Mastercard, Visa oder Vodafone verließen das Libra-Projekt. Gleichzeitig tüfteln auch die Zentralbanken selbst an einer digitalen Geldkreuzer. Die Schwedische Reichsbank (E-Krona) und China (E-Renminbi) sind weit fortgeschritten. „Wir sollten darauf vorbereitet sein, einen digitalen Euro einzuführen“, erklärte Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) vorige Woche anlässlich des „Berichts der Taskforce des Eurosystems zum digitalen Euro“.

Bereits am 12. Oktober solle ein öffentliches Konsultationsverfahren beginnen, um in Erfahrung zu bringen, „wie die Öffentlichkeit und alle betroffenen Interessengruppen zu diesen Fragen stehen“, kündigte EZB-Direktor Fabio Panetta an. Ein digitaler Euro parallel zu den Euro-Banknoten, würde Innovationen im Massenzahlungsverkehr ermöglichen. Dabei würden Synergien mit den neuen Zahlungslösungen geschaffen“, schwärmte der frühere Vizechef der Banca d'Italia in einem EZB-Blogbeitrag. Doch die „Central Bank Digital

Currency“ (CBDC) entpuppt sich bei genauer Betrachtung als ein Albtraum für Freiheit und Wohlstand.

Anders als Facebook haben EZB, US-Fed oder die Chinesische Volksbank (PBC) ein Monopol: Nur sie können Banknoten, Münzen und Giroguthaben bei sich produzieren. Eine Zentralbank kann sie zahlungsunfähig werden – und im Extremfall verliert der Kunde sein Geld. Fortan soll jeder die Möglichkeit erhalten, sein Guthaben in CBDC einzutauschen zu können – und es auf einem Konto zu halten, das von den Banken und Sparkassen oder direkt von der Zentralbank angeboten wird. Wenn Banken wanken, dann kann man sein Guthaben per Mausclick in CBDC umbuchen – und vor Zahlungsausfall schützen.

## Zentrale Überwachung mit modernster Technik

Die CBDC läßt sich zu einem stabilen Refinanzierungsmittel der Geschäftsbanken machen. Derzeit ist es so, daß die Banken durch Barabhebung Mittel verlieren, mit denen sie ihr Kreditgeschäft refinanzieren. Bei einem Umtausch von Geschäftsbankengeld in CBDC verliert der Bankenapparat hingegen kein Geld mehr – wenn die Zentralbanken den Geschäftsbanken gewährt, die Konten für CBDC in ihren eigenen Bilanzen auszuweisen. Doch mit dem CBDC wird die Zentralbank den Geschäftsbanken Marktanteile im Einlagen- und Zahlungsverkehrsgeschäft abjagen. Das würde noch befördert, sollte die Zentralbank auch ins Kreditgeschäft für Haushalte und Unternehmen einsteigen.

Wenn die Zentralbank aber immer mehr Aktionen an sich zieht, erodiert das Geschäftsmodell der privaten Ban-

ken. Aus Sicht der Kapitalgeber ist es dann nicht mehr interessant, den Banken neues Eigenkapital bereitzustellen. Der Staat kann dann als Retter in Erscheinung treten, kapitalschwache Banken direkt oder indirekt unterstützen – vor allem in Krisenzeiten, für die das heutige ungedeckte Geldsystem („Fiat-Money“) immer wieder sorgt.

Die CBDC konkurriert auch mit dem Bargeld. Wenn die Bürger das CBDC-Ausfallrisiko dem des Bargeldes gleichsetzen und wenn sie beispielsweise den E-Euro als bedienerfreundlich und kostengünstig ansehen, gibt es Kannibalismus: Die CBDC verdrängt das Bargeld im Zahlungsverkehr und auch als Geld für die Vorsichtskassenhaltung – und arbeitet damit denjenigen Interessengruppen in die Hände, die das Bargeld ganz aus dem Verkehr ziehen wollen. In Schweden ist es auch ohne E-Krona schon fast soweit.

Ohne Bargeld ist das Geld aber in den Bankbilanzen „gefangen“, ein Entkommen ist nicht mehr möglich. Dann können Negativzinsen auf Bankguthaben erhoben werden, die Sparer zugunsten der Schuldner enteignen. Auch die Ausgabe von „Helikoptergeld“ wird erleichtert: Die Zentralbank kann problemlos die Konten direkt mit CBDC befüllen – und dadurch die Vermögensverhältnisse nach politischen Vorgaben direkt beeinflussen.

Und: Mit der CBDC droht – analog dem Facebook-Libra – das völlige Ende der finanziellen Privatsphäre: Die jeweiligen Geldausgeber sehen, wer wann und wo kauft und verkauft – ein 100prozentiges Payback-System, nur ohne Rabattprozente. EZB-Beteuerungen, es werde für Anonymität gesorgt, können nicht beruhigen. Unverhohlen spricht es die Pekinger Zentralbank aus: Mit CBDC sollen die Bürger wirksam kontrolliert und gesteuert werden.

Im „Sozialkredit-System“ à la China (JF 36/20) geht es um „gesellschaftliches Wohlverhalten“, es gibt je nach Verhalten Bonus- oder Malus-Punkte,

überwacht mit modernster Technik. Die EU-Light-Version könnte so aussehen: Nur regierungstreue Menschen oder Unternehmen, die CO<sub>2</sub>-arm produzieren, erhalten dann ein CBDC-Konto. Die EZB müsse „dafür sorgen, daß der Euro für das digitale Zeitalter gerüstet ist“, sagt Christine Lagarde – doch man sollte sich nicht von der Faszination für neue Technologien und deren Vorzügen ablenken lassen.

Mit digitalem Zentralbankgeld werden die letzten marktwirtschaftlichen Elemente aus dem Kredit- und Geldsystem gedrängt. Die Zentralbank steigt dabei zur heimlichen Machtzentrale

auf. Besonders problematisch ist das im Euro-Raum, wo die EZB als supranationale Institution der wirksamen Kontrolle durch die nationalen Parlamente entzogen ist. Die EZB ließ nun wissen, sie wolle digitalen Euro vielleicht schon Mitte 2021 in Umlauf bringen. Man kann nur davor warnen. Digitales Zentralbankgeld wird sich als ein Albtraum erweisen für alle, die auf Freiheit und Wohlstand im Euroraum hoffen.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirtschaftler und Präsident des Mises-Instituts.  
► [www.ecb.europa.eu/euro/html/digitaleuro.html](http://www.ecb.europa.eu/euro/html/digitaleuro.html)

## Große Koalition streitet über Homeoffice-Gesetz

BERLIN. Der im April von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) angekündigte und nun fertiggestellte Entwurf für das „Mobile-Arbeit-Gesetz“ sorgt für Streit in der Großen Koalition. „Dort, wo es möglich ist, sollen alle Angestellten einen gesetzlichen Anspruch von mindestens 24 Tagen pro Jahr für mobile Arbeit bekommen“, hatte Heil in der *Bild am Sonntag* argumentiert. Wenn beide Eltern berufstätig seien und wenn mobile Arbeiten machbar sei, könne jede Woche abwechselnd ein Elternteil einen Tag von zu Hause arbeiten“, so der SPD-Minister. Für den Unternehmer Christian von Stetten (CDU) ist die Erfahrung aus dem Corona-Lockdown nicht einfach übertragbar. „Da, wo Homeoffice möglich ist, ist es eine Win-win-Situation für beide Seiten. Aber der Arbeitgeber wird auch in Zukunft entscheiden, wo die von ihm bezahlte Arbeitsleistung zu erbringen ist“, so der Chef des Parlamentarischen Mittelstandes und der Unionsfraktion. Die SPD solle den „Bürgern keinen Unsinn erzählen“, Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ging noch weiter: Die CSU wolle „weg vom Achtstundentag hin zur Flexi-Woche mit einer Wochenhöchstleistungszeit“, so der Ex-Verkehrsführer in der *Bild-Zeitung*. (fis)

► Kommentar Seite 2

## Mittelständler gegen Emissionshandelsgesetz

KÖLN. Der Verband Mittelständische Energiewirtschaft (MEW) hat das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) scharf kritisiert. „Die Ausgestaltung läßt nicht nur zu wünschen übrig, sondern gefährdet massiv die Geschäftsgrundlage vieler unserer Mitglieder. Wir fürchten aufwendige Bürokratie, wenig praxistaugliche Vorgaben und ein weiteres Stück Stoff im Flickenteppich der CO<sub>2</sub>-Regulierung im Verkehrsbereich“, erklärte MEW-Chef Duraid El Obeid. Eine Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IWF) zeigte die offenen Fragen und empfehle, das BEHG „grundlegend zu überarbeiten“, so der Geschäftsführer der Sprint-Tankstellengruppe. Die IWF-Experten monieren, daß die Idee zwar das Wort „Handel“ im Namen trage, aber zumindest in der Festpreisphase bis 2025 die Wirkung einer Steuer entfalte. (fis)

► [www.mew-verband.de](http://www.mew-verband.de)

## Zahl der Woche

**Auf 24,6 Prozent ist die Sparquote der privaten Haushalte im zweiten Quartal 2020 im Euroraum gestiegen.** Das waren acht Prozentpunkte mehr als im Vorquartal. Der private Verbrauch sank um 12,6 Prozent und das Bruttoeinkommen um 3,3 Prozent.

(Quelle: Eurostat)

**JUNGE FREIHEIT**  
WOCHEENZEITUNG FÜR DEBATTE

## Die JUNGE FREIHEIT sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine oder einen

### Redakteur (m/w/d)

Sie arbeiten in einer der aufregendsten Redaktionen in der deutschen Hauptstadt und sind eine engagierte Persönlichkeit, die aus Überzeugung und mit Leidenschaft an unserer gemeinsamen Sache mitwirken will. Die Freude am Schreiben, Lust auf Kontakt mit Menschen und keine Scheu vor Stress kennzeichnen Ihre Person.

Weitere Informationen unter

[jf.de/stellenangebote](http://jf.de/stellenangebote)

Ihre Ansprechpartnerin: Antje Stein

E-Mail: [a.stein@jungefreiheit.de](mailto:a.stein@jungefreiheit.de), Tel.: 030 / 86 49 53 28

Arbeiten Sie bei der aufregendsten Zeitung Deutschlands!